

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Oktober 1963

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) In Warschau und in Breslau	1
2) Volksstreitkräfte und ihr Marschall	5
3) "Der Feind" auf dem Lande	8
4) "Friedliche Wege" zum Kommunismus	9
5) "Beleidigte Unschuld" und Politik der Entspannung	11
6) "Neuer Kanzler" - alte Politik	12
II. <u>Wirtschaft</u>	14
1) Vertrauensbasis	14
2) Kleinbetriebe und Marktversorgung	15
III. <u>Kulturelle Probleme</u>	17
Bücherproduktion	17

I. POLITISCHE EREIGNISSE

1) In Warschau und in Breslau

In jenen kommunistischen Kreisen Polens, die liberaler als ihre anderen Genossen eingestellt sind, nahm man mit Betroffenheit und Beunruhigung die Nachricht über die Resignation Wladyslaw MATWINS auf. MATWIN war Parteisekretär für den Bezirk Bréslau und gleichzeitig Mitglied des ZK-Sekretariats in Warschau.

Zusammen mit dem schon vor vier Jahren zum Rücktritt gezwungenen Jerzy MORAWSKI gehörte MATWIN noch vor wenigen Jahren zu der jungen Generation der Spitzenfunktionäre, die noch vom Stalinisten BIERUT entdeckt und gefördert wurden. Im Jahre 1955 wurden die beiden zu Sekretären des ZK ernannt und als "Zukunft der Partei" bezeichnet. Nun scheint aber diese "Zukunft" der Vergangenheit anzugehören.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie des Schicksals, daß die beiden ehemaligen Günstlinge des Stalin-Agenten BIERUT ausgerechnet unter der Regierung des "National-Kommunisten" GOMULKA wegen "liberaler" Neigungen aus der Parteispitze ausscheiden mußten. Im Falle MATWINS ist die letzte Feststellung noch ein wenig verfrüht, weil er nominell immer noch ZK-Sekretär geblieben ist; sein Einfluß ist aber gleich Null und ebenso groß seine Chance nach dem kommenden Parteitag in dieser Funktion bestätigt zu werden.

MATWIN gehörte zu den führenden Männern des polnischen Oktobers und gleichzeitig zu den ersten Opfern der anti-"revisionistischen" Linie GOMULKAS, die kurz nach dem Umschwung sich abzeichnen begann. Damals war MATWIN (außer seiner Mitgliedschaft im ZK-Sekretariat) Chefredakteur der parteiamtlichen "Trybuna Ludu". Die Presse war aber von den "Revisionisten" vollständig beherrscht und "Trybuna Ludu" bildete hier keine Ausnahme. MATWIN tat nichts, um den "Liquidatoren des Marxismus-Leninismus" das Handwerk zu legen, was ihm alle offenen und getarnten Feinde des Oktobers sehr verübelten. Auf ihr Betreiben entschloß sich GOMULKA dem zu laschen MATWIN

die Leitung der Redaktion zu nehmen. Man schickte ihn nach Breslau, wagte aber nicht, ihn aus dem ZK-Sekretariat auszustoßen. Im Gegensatz zu GIEREK, der gleichzeitig ZK-Sekretär und "Statthalter" in Oberschlesien ist, war aber MATWINS Anteil an den Arbeiten des ZK-Sekretariats rein nominell. In seinem niederschlesischen Bezirk konnte er sich dagegen eine gewisse Hausmacht aufbauen, was für die "liberale" Fraktion der Partei sicherlich nicht ohne Bedeutung war.

GOMULKA begnügte sich damit, den vom "Revisionismus" infizierten MATWIN aus Warschau zu entfernen. Das genügte den Inquisitoren aus der "Partisanen-Gruppe" aber nicht, die seit einigen Jahren teils im offenen Kampf, teils durch unterirdische Wühlarbeit alle bekämpfen, die in ihren Augen als Kommunisten nicht "stramm" genug sind, oder mit dem Makel jüdischer Herkunft behaftet sind. MATWIN war selbst zwar kein Jude aber er gehörte der sogen. Moskauer Gruppe an (d.h. zu jenen Kommunisten, die den Krieg in der Sowjetunion verbrachten, im Gegensatz zu den Partisanen, die auf den von Deutschen besetzten Gebieten aktiv waren) und, als er nach Breslau strafversetzt wurde, machte er dort Roman WERFEL, der aus jüdischen intellektuellen Kreisen hervorging, zu seinem engsten Mitarbeiter.

Dieser WERFEL war in der übelsten Periode des Stalinismus Chefredakteur des ideologischen Parteiorgans "Nowe Drogi". Dort wettete er jahrelang gegen GOMULKA und andere Rechtsabweichler. Als GOMULKA wieder zur Macht kam, war die Position WERFELS nicht zu halten. Als unverbesserlicher Stalinist und Dogmatiker wurde er nach Breslau geschickt, um dort das lokale Partei-blättchen zu redigieren. Seine Ehefrau Edda WERFEL gehörte indessen zu den lautstärksten Exponenten der "Revisionisten".

In Breslau fand sich WERFEL mit dem dort ebenfalls "verbannten" MATWIN zusammen. Obwohl ihre Ansichten jetzt stark voneinander differierten, verband die beiden Leidensgenossen der alte Kameradschaftsgeist. MATWIN, dem viele in Polen gute menschliche Eigenschaften konzедieren, nahm sich des nun völlig entmachteten WERFEL an und machte ihn zum Propagandasekretär des Bezirkes Breslau.

Auf diesem Posten entfaltetete der ehemalige Erz-Stalinist WERFEL eine große Aktivität, die bald den Neostalinisten aus der Partisanen-Gruppe ein Dorn im Auge wurde. Sie nutzten ein paar Fehler, die WERFEL unterlaufen waren, um in Warschau bei GOMULKA (der WERFEL ohnehin nicht leiden konnte) seine Abberufung durchzusetzen.

MATWIN gehört zu den Menschen, die zu ihren Untergebenen halten und sie nicht leicht opfern. Er versuchte die in Warschau beschlossene Absetzung WERFELS rückgängig zu machen und als er eine abschlägige Antwort bekam, stellte er sein eigenes Amt zur Verfügung. Seine Demission wurde angenommen. In politischen Kreisen Warschaus wird der Verdacht geäußert, daß die Neostalinisten sich des Falles WERFEL geschickt bedienten, um MATWIN zum Rücktritt zu zwingen.

Ob dieser Verdacht nun begründet ist oder nicht - unbestritten bleibt die Tatsache, - daß mit der Resignation MATWINS der "liberale" Flügel der Partei einen empfindlichen Verlust erlitten hat. Seit Herbst 1959, als der für die Kulturpolitik der Partei verantwortliche Herzy MORAWSKI (Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretariats) aus der Parteispitze ausscheiden mußte, zeichnet sich deutlich folgende Entwicklung ab: Vertreter der gemäßigten Linie werden nach und nach aus ihren Positionen verdrängt, die dann von Befürwortern der Politik der "starken Hand" besetzt werden.

Der Vormarsch der Neostalinisten (die aus sogen. "Partisanen" und "Natolinern" bestehen) wird zwar gelegentlich von ihren Gegnern gestoppt, die letzteren sind aber dauernd in Defensive und Rückzug. Während sie viele einflußreiche Posten im Parteiapparat, in der Presse und im Fernsehen usw. räumen mußten, konnten die Neostalinisten ihre Positionen erweitern und verstärken.

Spezielles Einflußgebiet der "Partisanen" sind die Sicherheitspolizei, Nachrichtendienste und Streitkräfte. Dort haben sie längst ihre Gegner verdrängt; den letzten prominenten Widersacher, den Befehlshaber der polnischen Luftstreitkräfte, General Jan FREY-BIELECKI zwangen sie im Sommer d.J. zum Rücktritt. BIELECKI gehörte zu den in den polnischen Streitkräften oft vertretenen Typ des "Haudegens". So werden dort Offiziere genannt, die bei unbestrittenem persönlichen Mut sich mehr von emotionellen Motiven als von der Vernunft leiten lassen. Eine gewisse "Berühmtheit" erwarb sich BIELECKI in den Oktobertagen 1956, als er den Mitgliedern des polnischen Politbüros den Angriff seiner Flugzeuge gegen die anrückenden sowjetischen Panzer anbot.

Die letzte Plenarsitzung des ZK fand im Frühsommer d.J. statt. Eine Entscheidung im internen Parteikampf brachte sie nicht; man beschloß vielmehr vor dem Parteitag, der für die Mitte des kommenden Jahres angesagt ist, keine entscheidende Veränderungen in der Partei durchzuführen. Taktische Manöver, die MATWIN zum Rücktritt von seinem Breslauer Parteiposten zwangen, beweisen deutlich, daß Neostalinisten nicht daran denken, das Abkommen über die Erhaltung des status quo bis zum nächsten Parteitag zu respektieren. Es wird immer fraglicher, ob sich die "Liberalen" wirksam gegen die Angriffe ihrer Gegner werden wehren können.

2) "Volks"-streitkräfte Polens und ihr neuer Marschall

Als im September 1939 die polnischen Streitkräfte durch die Armeen Hitlers endgültig zerschlagen wurden, begann die Sowjet-Armee die ostpolnischen Gebiete zu besetzen. Die gefangengenommenen Soldaten und Offiziere wurden in Lager gesteckt (die Mehrzahl der Offiziere wurde später von den Russen im Katyner Wald ermordet). Später bevölkerten sich diese Lager mit vielen Tausenden von deportierten polnischen Zivilisten. Um die Freilassung dieser Menschen bemühte sich die polnische Exilregierung in Londong. Nachdem Hitler die Sowjetunion überfallen hatte, schloß General SIKORSKI ein Abkommen mit den Sowjets, in dem eine "Amnestie" für alle gefangengehaltenen Polen vorgesehen war. Man begann auch gleich polnische Streitkräfte in der S U zu formieren. Sie sollten ursprünglich an der sowjetischen Front eingesetzt werden. Das ausgehungerte Land konnte aber diese Truppe, die noch nicht kampffähig war, nicht ernähren. Dank der Bemühungen der westlichen Alliierten, erlaubte Stalin die Evakuierung der Polen nach dem Iran. Von dort gerieten sie nach dem Nahen Osten, nahmen an den Kämpfen in Nordafrika und Italien teil und wurden später - nach dem Namen ihres Befehlshabers - als "Anders-Armee" bezeichnet.

Das Tor, das zur Freiheit führte, öffnete sich für die polnischen Lager-Häftlinge nur einmal. Diejenigen, die aus entfernteren Lagern und Gefängnissen des sowjetischen Riesenreiches zu spät zur Ausreise kamen, mußten in der Sowjetunion bleiben. Die Gruppe der ehrgeizigen polnischen Kommunisten beschloß damals, aus diesen Menschen eine eigene Armee zu bilden und auf diese Weise ihre eigene Position gegenüber den Sowjets zu verbessern. Die erste polnische Division, befehligt von einem ehemaligen PILSUDSKI-Offizier, wurde am 12. Oktober 1943 an der Front eingesetzt. Aus Prestigegründen drängten die polnischen Kommunistenführer auf einen beschleunigten Einsatz dieser Einheit, obwohl die Soldaten keineswegs ausreichend vorbe-

reitet waren und ihre körperliche (und auch seelische) Verfassung nach langen Jahren des Sklavendaseins denkbar schlecht war. Die Division erlitt blutige Verluste, mußte nach einigen Tagen aus der Frontlinie herausgenommen werden und erst nach ein paar Monaten konnte sie wieder verwendet werden. Das war der Beginn zur Gründung der polnischen Volksstreitkräfte. Der 12. Oktober wird in Polen als "Tag der Armee" gefeiert.

In diesem Jahr jährte sich dieser Tag nun zum zwanzigsten Male. Man beschloß in Warschau, dem Feiertag eine besondere Note zu geben. An der Spitze der Streitkräfte steht in Polen der Verteidigungsminister. In seiner Person soll die ganze Armee geehrt werden. Auf diese Weise kam es dazu, daß General Marian SPYCHALSKI, Mitglied des Politbüros und Freund GOMULKAs, zum Marschall von Polen ernannt wurde.

Diese Nominierung erweckte unter vielen Menschen in Polen gemischte Gefühle. Die Erinnerung an die September-Katastrophe des Jahres 1939 ist in Polen noch sehr wach. Ob mit Recht oder Unrecht, verbindet man die damalige Niederlage der völlig unzureichend ausgerüsteten und dazu noch meistens schlecht geführten polnischen Streitkräfte, mit der Person des damaligen Oberbefehlshabers, Marschall R YDZ-SMIGLY. Seit dieser Zeit verblaßte in Polen die Bewunderung für Feldherren, die noch zur PILSUDSKI-Zeit so stark war. Die Mehrzahl der Polen empfindet außerdem ihr jetziges Dasein als ein Leben in Unfreiheit. Diese Menschen meinen, daß Polen nur nominell unter den Siegern des letzten Krieges stand. In Wirklichkeit ging es aus diesem Krieg so fürchterlich geschlagen hervor, wie kaum eine andere Nation Europas. In dieser Situation sollten gewisse Gesten lieber unterbleiben.

Was den nüchtern denkenden GOMULKA, der niemals vom "Großmacht-Wahn" mancher polnischer Politiker der Vorkriegszeit angesteckt war, dazu bewegen konnte, der polnischen Nation einen neuen Marschall zu präsentieren, bleibt unergründlich.

SPYCHALSKI ist von Beruf Architekt, während des Krieges war er zwar Stabschef der kommunistischen Partisanen, deren Zahl aber nie sonderlich groß war und galt im übrigen als ein "politischer" Offizier. Sein Vorgänger RYDZ-SMIGLY befehligte immerhin im polnisch-sowjetischen Kriege des Jahres 1920 große Einheiten und brachte seine Truppen bis nach Kiew. Von irgendwelchen Ruhmestaten des jetzigen Feldherren SPYCHALSKI ist der polnischen Öffentlichkeit dagegen nichts bekannt.

Aus Anlaß seiner Ernennung zum Marschall brachte die polnische Presse den Lebenslauf SPYCHALSKIs. Er enthält eine bezeichnende Lücke. Es heißt dort, daß SPYCHALSKI im Jahre 1945 Politbüromitglied sei und im Jahre 1956 Verteidigungsminister wurde. Jeder, auch nur halbgebildete Mensch in Polen weiß indessen, daß SPYCHALSKI während der Jahre 1950-55 von den Stalinisten verhaftet, verhört und gefoltert worden ist. Das kann man sogar in einem im Jahre 1959 herausgegebenen polnischen Lexikon lesen. Durch dieses schamhafte Verschweigen wird der Eindruck erweckt, als ob die heutigen Machthaber Polens diese Haftzeit mancher ihrer Genossen als etwas unehrenhaftes betrachten würden. GOMULKA, auf dessen persönliches Betreiben zweifellos diese Lücke im Lebenslauf SPYCHALSKIs entstanden ist, hätte wohl jeden Grund dazu, den Leidensweg seiner Genossen in stalinistischen Gefängnissen und Folterkammern nicht zu verschweigen. Darüber schreibt die in Paris erscheinende Monatsschrift "Kultura" (Novemberheft 1963):

"Sein Leben verdankt Gomulka der Charakterstärke und dem Widerstand jener (Genossen), die eine Anklage gegen ihn (u.a. wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen, wegen Beteiligung an der Ausrottung der Juden usw., denn in dieser Richtung ging die Anklage) nicht unterstützen wollten. Diese Menschen wurden gefoltert. Er selbst (Gomulka) dagegen nicht. Man hielt ihn in 'fürstlichem' Komfort in einer Villa und nicht im Gefängnis. Er verließ sie nicht mit ausgeschlagenen Zähnen. Bis heute denkt er wohl, daß die Gefängnisse im Vorkriegs-Polen schlimmer waren als in Volkspolen..."

3) "Der Feind auf dem Lande"

Viel Aufmerksamkeit schenkte man, auf der letzten Vorstandssitzung des Sozialistischen Jugendverbandes, dem Problem des kirchlichen Einflusses auf die Dorfjugend. Edward OCHAB, ein prominentes Politbüromitglied, sprach in seiner Rede vor den kommunistischen Jugendfunktionären von der Ideologie des "Mittelalters", das auf dem polnischen Dorf noch immer lastet. OCHAB forderte die Bekämpfung dieser "vorkapitalistischen Ideologie" mit "großer Leidenschaft", gleichzeitig warnte er aber vor der Beleidigung der Gefühle gläubiger Menschen. Es ist notwendig, daß man eine ruhige, nicht aggressive Sprache benutzt.

Die Situation auf dem Lande sieht tatsächlich für die Partei nicht günstig aus. Es ist immer noch nicht gelungen, ein dichtes Netz von Parteiorganisationen in den Dörfern aufzubauen. Die wenigen organisierten Kommunisten leben in den polnischen Dörfern zerstreut und von der Dorfgemeinschaft isoliert. Die Jugend zeigt noch weniger Interesse für Politik und politische Arbeit als die Erwachsenen. Der Verband der Dorfjugend, der nominell unter der Aufsicht der PZPR und der Bauernpartei arbeitet, umfaßt zwar ca. 600 000 junge Dorfbewohner, die ihre Mitgliedschaft jedoch hauptsächlich zur Erleichterung für berufliche Schulung und als Basis für Geselligkeiten (Clubräume) betrachten. Wenn sie überhaupt einem ideologischen Einfluß unterliegen, so ist es der seit tausend Jahren tief eingewurzelte Einfluß der Kirche. Der Kampf gegen diese Macht brachte den Kommunisten bisher keine großen Siege.

"Im ganzen Staate" - meinte OCHAB - "spielt sich der Kampf um die Zukunft unseres Landes, um unsere Jugend ab. Das bezieht sich in erster Linie auf die Dorfjugend. Es handelt sich darum, daß die Dorfjugend von Seiten der Stadtjugend Hilfe bekommen müßte. Auf dem Lande ist der Gegner stärker und die Arbeit komplizierter, auf dem Lande wartet noch das Problem des Überganges zum Sozialismus auf seine Lösung."

Kenner der polnischen Verhältnisse glauben aber nicht daran, daß eine eventuelle Aktionseinheit zwischen der Dorf- und Stadtjugend, irgendwelche Erfolge bringen könnte. Man zweifelt überhaupt an der Möglichkeit einer solchen gemeinsamen Aktion, weil der Antagonismus zwischen Stadt und Land immer noch sehr groß ist und eine gemeinsame Sprache zwischen Dörflern und Städtern sehr schwierig ist. Wenn junge Städter mit antikirchlichen Parolen auf das Land kommen, wird der Effekt ihrer Propaganda wohl dem beabsichtigten entgegengesetzt sein. Die Position der Kirche ist mit solchen Mitteln nicht zu erschüttern. Die Kommunisten wissen das und bedienen sich in letzter Zeit immer öfter administrativer Mittel, mit denen sie den Einfluß der Kirche eindämmen und verdrängen wollen. Wenn diese Mittel geschickt, d.h. unauffällig angewendet werden und deswegen keinen Widerstand bei der Bevölkerung erwecken, können sie für die Kirche auf lange Sicht gefährlich werden. Aber auch hier entsteht das Problem: Solche Methoden lassen sich auf dem Lande kaum unbemerkt verwenden, ihre Zweckmäßigkeit ist also von vornherein in Frage gestellt.

4) "Friedliche Wege" zum Kommunismus

Die vulgärmarxistische These, daß alle Länder den Sozialismus nur auf dem Wege der bewaffneten, politischen Revolution erreichen können, ist, nach Ansicht des Warschauer Blattes "Zycie Warszawy" (vom 29. Oktober 1953), heute überholt. Den neuen "historischen Bedingungen" der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts, entspricht die Theorie über den "friedlichen Weg" zum Sozialismus.

Das Blatt räumt ein, daß schon vor einem halben Jahrhundert die "reformistischen" Sozialdemokraten von einem "friedlichen Weg" sprachen, aber diese Theoretiker "hegten einen trügerischen Glauben an den Demokratismus des

bourgeois Staaten" und begingen auch andere Fehler, die bewirkten, daß die kommunistische Konzeption des friedlichen Weges völlig anders ist, als die sozialdemokratische:

"1. Die Kommunisten betonen, daß die Chancen eines friedlichen Sieges des Sozialismus mit der Existenz und Entwicklung eines weltumspannenden Systems sozialistischer Staaten verbunden sind, also mit der historischen Tatsache, daß in zahlreichen Ländern die proletarische Revolution schon gesiegt hat.

2. Die Kommunisten betonen, daß der friedliche Weg nur eine der Möglichkeiten - neben der bewaffneten Revolution - ist. Sie sprechen sich zwar für den friedlichen Weg aus, aber verbreiten nicht die Illusion, daß in allen Ländern und unter allen Umständen die Revolution zu vermeiden ist.

3. Die prinzipiellen Voraussetzungen eines sozialistischen Aufbaus sehen die Kommunisten in Übereinstimmung mit der marxistisch-soziologischen Theorie, in dem Ergreifen der Macht und nicht lediglich in Reformen.

4. Die Chancen für den friedlichen Übergang zum Sozialismus verbinden sich nicht mit dem Glauben an den Demokratismus der besitzenden Klassen und ihres Staates, sondern mit dem Vertrauen auf die Stärke der werktätigen Massen, die gestützt auf die richtige politische Konzeption, bewußt und aktiv die bestehenden Institutionen ausnützen, um an die Macht zu gelangen...

Die kommunistische Bewegung unternimmt heute die sehr schwierige Aufgabe, für jedes Land einen konkreten, am besten den Bedingungen jenes Landes entsprechenden Weg zum Sozialismus zu finden."

Allerdings läßt es sich nicht vermeiden, daß "noch auf vielen Gebieten der Erdkugel das Problem des Sozialismus sich mit dem Problem des bewaffneten revolutionären Kampfes verbinden wird".

5) "Beleidigte Unschuld" und Politik der Entspannung

Empfindlich reagierte die kommunistische Presse in Polen auf die Beschuldigungen GOMULKAS, die an die Adresse der Bundesrepublik gerichtet sind. SCHRÖDERS Versuch, eine Entspannung zwischen Bonn und Warschau herbeizuführen, werden von den polnischen Kommunisten als nicht überzeugend bezeichnet. D azu schreibt die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 4. November:

"Worte können unsere Beurteilung der westdeutschen Politik nicht ändern. Die Politik der Bundesrepublik beurteilen wir nach Taten. Man kann sich schwer eine Entspannung in der Welt, ohne Entspannung in Deutschland, ohne die Beendigung des kalten Krieges, den die Bundesrepublik gegen den zweiten deutschen Staat, die DDR, führt, vorstellen."

"Nur ein Weg führt zur Verbesserung der Beziehungen mit Polen und anderen sozialistischen Ländern, ein aktiver Beitrag zur Entspannung, deren integraler Teil die Anerkennung der nach dem II. Weltkrieg entstandenen Grenzen und der Existenz der zwei deutschen Staaten ist..."

Die jetzige Politik der Bundesregierung ist die Politik der Verschlechterung der Weltlage."

Ein anderes Blatt, "Zycie Warszawy" meint, daß Bonn die "beleidigte Unschuld" zu spielen versucht, daß aber dieses Spiel ihm schlecht zu Gesicht steht.

Ein großer Teil der Warschauer Attacken auf die Bonner Politik entspricht der kommunistischen Routine und wird zum großen Teil durch Moskau gesteuert. Alles aber, was im Westen über die Möglichkeit der direkten - oder indirekten Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen geredet und geschrieben wird, löst in Warschau besonders scharfe Kommentare aus.

Die Presse in Polen befaßt sich viel mit dem Projekt einer "multilateralen" Atommacht der NATO.

"Diese NATO-Streitkräfte", schreibt "Trybuna Ludu" am 23. Oktober, "würden die Gelüste der führenden Kreise in der Bundesrepublik auf Kernwaffen nicht bremsen, sondern ganz im Gegenteil: der erste Bissen würde den ungesunden Appetit noch steigern".

5) "Neuer Kanzler - alte Politik"

Die Übernahme der Kanzlerschaft durch ERHARD wird nach Ansicht der kommunistischen Presse in Polen keine Änderung der bisherigen Politik bringen. Neuer Kanzler, aber alte Politik, betitelt "Trybuna Ludu" vom 20. Oktober ihren Kommentar. Das Blatt weist auf die Besetzung des Vertriebenenressorts durch Minister KRÜGER hin und bezeichnet ihn als "Führer der extremistischen Gruppe der Revisionisten und Revanchisten" aus dem sogen. Vertriebenenverband.

"Der neue Kanzler", schreibt das polnische Parteiblatt, "sprach von seiner Absicht, die Beziehungen mit den europäischen Staaten zu verbessern. Dieses Vorhaben ist sehr edel, wir müssen aber feststellen, daß die Haltung ERHARDS in 'prinzipiellen Fragen' zu starken Zweifeln Anlaß gibt, ob die neue Bonner Regierung aufrichtig daran denkt 'die bestehenden Sorgen und Befürchtungen' zu beseitigen.

Es ist Zeit, daß Bonn sich darüber klar wird, daß die wichtigsten Sorgen und Befürchtungen der osteuropäischen Länder, vor allem aus den revisionistischen und revanchistischen Tendenzen resultierten, die in der Politik der Bundesrepublik seit dem ersten Tage ihrer Entstehung dominieren."

Eine Woche später schrieb wieder das zitierte Blatt:

"In seiner Regierungserklärung hielt Kanzler Erhard alle bisherigen politischen, militärischen und territorialen Forderungen der Bundesrepublik aufrecht, die seit Jahren den Weg zur Verständigung und Entspannung blockieren.

Kanzler Erhard machte aber auch eine Verbeugung vor den heute in der Welt herrschenden Tendenzen und bemühte sich, seine Forderungen

in einem etwas milderem Ton darzubringen. Er beteuerte auch gleichzeitig seinen Wunsch nach Entspannung. Der Vorsitzende der regierenden CDU-Bundestagsfraktion war dagegen der Meinung, daß er bei der Darstellung des Standpunktes seiner Partei sich keinen besonderen diplomatischen Zwang aufzuerlegen braucht."

"Schon die Regierungserklärung Erhards ließ uns die Politik der neuen Bundesregierung mißtrauisch betrachten. Unser Mißtrauen wird durch den CDU-Kommentar zu dieser Erklärung noch gesteigert."

II. WIRTSCHAFT

1) "Vertrauensbasis"

Im Herbst des vorigen Jahres hörte die Bevölkerung Polens aus dem Munde des Parteichefs GOMULKA viele düstere Worte über die katastrophale Lage auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion und die Notwendigkeit einer Revision der Wirtschaftsplanung für das Jahr 1963. Danach kam "der Winter des Jahrhunderts", der die Situation noch weiter verschlechterte und hinzu kam die schlechte Getreideernte dieses Jahres. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wies GOMULKA auf die unerwartet großen Schwierigkeiten hin, mit denen die polnischen Wirtschaftslenker kämpfen müssen.

Diese Cassandra-Rufe des I. Sekretärs waren notwendig, um gewisse Maßnahmen der Partei und Regierung zu rechtfertigen, deren Folge eine deutliche Herabsetzung des Lebensstandards in Polen war. Während weniger Monate sah sich die Wirtschaftsführung Polens genötigt, die Preise für wichtige Artikel und Dienstleistungen zum Teil erheblich zu erhöhen.

In der dadurch entstandenen Atmosphäre der Empörung und Verbitterung tauchte unter der Bevölkerung das Gerücht auf, die Regierung beabsichtige einen Umtausch des Geldes, um auf diese Weise die zerrütteten Finanzen des Staates zu sanieren.

Die Reaktion auf diese Gerüchte war: Daß die Menschen das ohnehin stark entwertete Geld schnell loszuwerden versuchten, solange man überhaupt noch etwas dafür kaufen konnte. Geschäfte mit Lebensmitteln und Artikeln des Massenbedarfes wurden belagert und bald standen in vielen Orten die Geschäfte leer.

Die offiziellen Stellen reagierten schnell mit der Beteuerung, daß kein Geldumtausch beabsichtigt sei, um somit die entstandene Panik zu bremsen.

Der Präsident der Nationalen Bank von Polen sprach vom Vertrauen, das man in Polen auf die dortige Währung setzt und versicherte, daß diese Vertrauensbasis fest, solide und begründet ist. Das erwähnte Verhalten der Bevölkerung kann man kaum als Bestätigung seiner Behauptungen werten. In seiner berühmten Rede vom Oktober 1956 verdammt GOMULKA das "starre Reden" der stalinistischen Zeit (gemeint sind hier unehrliche Versprechungen und leere Worte, die in keinem Zusammenhang mit der Wirklichkeit stehen). Von jenem Oktober hat man sich aber in Polen seitdem sehr weit entfernt.

2) Kleinbetriebe und Marktversorgung

Die Zahl der kleinen industriellen Betriebe, die meistens auf genossenschaftlicher Basis arbeiten, beträgt in Polen 27.000. Diese Betriebe werden nicht zentral, sondern von örtlichen Volksräten gelenkt, bilden also keinen einheitlichen Wirtschaftsorganismus. Sie erfüllen eine überaus wichtige und nützliche Rolle, weil sie mit ihren Erzeugnissen den Einzelhandel beliefern. Die Produktion der Kleinbetriebe decken 25 % des Gesamtbedarfes des Binnenmarktes. Dreiviertel der in diesen Betrieben produzierten Waren wandert direkt auf die Verkaufsregale der Läden.

Ein Teil der Kleinbetriebe hat sich auf die Zubringerdienste für Betriebe der Schlüsselindustrie spezialisiert. Im Rahmen der sogen. Kooperation produzieren sie im Auftrag der Großbetriebe bestimmte Einzelteile usw. Ihre Produktion kommt zu den Konsumenten über einen großen Umweg, oder auch überhaupt nicht (z.B. bei Investitionsgütern).

In letzter Zeit beobachtet man die Versuche der Schlüsselindustrie, die Mehrzahl der Kleinbetriebe als Zubringerwerke noch mehr einzuspannen. Großbetriebe leiden in Polen permanent an Mangel von geeigneten "Kooperanten",

deren Unsolidität und Unpünktlichkeit allzuoft die Produktion der Großbetriebe lämt. Die Erfahrung lehrt, daß gerade ganz kleine "Kooperanten" am solidesten arbeiten. Das erklärt das Interesse der Schlüsselindustrie an der Gewinnung solcher Kleinbetriebe.

Für die Kleinbetriebe ist eine solche Zusammenarbeit durchaus lohnend. Sie bedeutet meistens Spezialisierung auf nur einen, oder ganz wenige Artikel, unterliegt lange Zeit keinen Schwankungen usw. Immer mehr Betriebe, die bisher direkt für den Konsumenten produziert haben geben ihr bisheriges Produktionsprofil auf und satteln auf Zulieferdienste um.

Sollte diese Tendenz sich verstärken, und das vermuten die Beobachter dieser Entwicklung, so wird die Versorgung des Binnenmarktes mit Konsumgütern sehr bald empfindlich gestört werden. In der kommunistischen Planwirtschaft ist nicht damit zu rechnen, daß sich bald jemand findet, der die fehlende Produktion von Konsumgütern aufnimmt, obwohl die Versorgung der Konsumenten auf vielen Gebieten sehr mangelhaft ist. Eine Verschlechterung der jetzigen Lage wird der Verbraucher sehr empfindlich zu spüren bekommen.

III. KULTURELLE PROBLEME

1) Bücherproduktion

Zu den unbestrittenen Errungenschaften der Kommunisten in Polen gehört die Liquidierung des Analphabetentums und eine Steigerung des Lesehungers bei der Bevölkerung. In den Nachkriegsjahren gingen die Produktionskurven sämtlicher Druckerzeugnisse (Zeitungen, Zeitschriften, Bücher usw.) steil nach oben. Unter diesen Druckerzeugnissen nahm die kommunistische Propaganda einen großen Teil ein. Ganz selbstlos waren also die Kommunisten bei ihren Bemühungen um die Aufhebung des kulturellen Gefälles in Polen nicht. Das Gesamtergebnis dieser Aktion kann man dennoch nicht anders als sehr positiv bezeichnen.

Seit mehr als einem Jahr haben sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens erheblich vergrößert. Auf vielen Gebieten mußten Maßnahmen ergriffen werden, um Rohstoffe und Produkte in der Industrie einzusparen. Einen der Engpässe bildet die Papierproduktion. Das äußert sich z.B. darin, daß seit mehr als einem Jahr sämtliche periodischen Zeitschriften in einem stark verkleinerten Umfang erscheinen, Auch die wichtigsten Parteizeitungen sind hiervon nicht ausgenommen (außer der neostalinistischen "Kultura", die seit Sommer d.J. erscheint).

Gegen diese Tatsache wäre nichts einzuwenden. Viel schlimmer dagegen ist es, wenn die strengen, von GOMULKA befohlenen Sparmaßnahmen sich auch auf Bücher (vor allem auf die schöngeistige Literatur) erstrecken. Lassen wir in diesem Zusammenhang den polnischen Publizisten Wladyslaw KOPALINSKI in "Zycie Warszawy" vom 20. Oktober zu Wort kommen:

"Unter den Ländern der Volksdemokratie stehen wir an erster Stelle was die Bevölkerungszahl betrifft. Warum sollten wir also die Tatsache als normal empfinden, daß wir auf dem Gebiete der Bücherproduktion jetzt den vorletzten Platz einnehmen, zwischen Rumänien und Albanien?

Wodurch kann man die Tatsache erklären, daß die DDR, die nicht viel mehr als die Hälfte unserer Bevölkerungszahl aufweist, doppelt so viel Bücher verlegte als wir im letzten Jahr?...

Es würde sich lohnen, daran zu denken, daß unter diesen Ländern nur wir einen so starken und schmerzlichen Verlust erlitten haben: Während der sechs Jahre (der Nazibesetzung) wurde die Verlagstätigkeit vollständig zum Stillstand gebracht. Die Nazibesatzer bemühten sich, der schöpferischsten Schicht des polnischen Volkes, besonders blutige Verluste zuzufügen."

Nun hat man in Polen eine Situation geschaffen, daß z.B. die Werke der polnischen Klassiker überhaupt nicht mehr gekauft werden können, weil sie vergriffen sind und die Neuauflagen nicht aufgelegt werden. Unter den vielen Maßnahmen der polnischen Machthaber muß man die radikale Drosselung der Bücherproduktion im letzten Jahr als unklug bezeichnen. Unter den polnischen Intellektuellen verlor GOMULKA schon bald nach dem Oktober 1956 viele Sympathien, die man ihm anfangs entgegenbrachte. Gegenüber diesen Intellektuellen empfindet der Parteichef starke Ressentiments, die von Seiten der Intellektuellen entsprechend erwidert werden. Die Intellektuellen, die in den letzten Jahren GOMULKA als einen "Halbgebildeten" bezeichneten, fühlen sich in ihrer abfälligen Meinung erneut bestärkt. Man muß zu der Überzeugung kommen, daß GOMULKA als der für die Sparmaßnahmen persönlich verantwortliche Mann, die Bücher als "Luxus" betrachtet und somit sehr kurzsichtig handelte.